

Pressemitteilung

„Arabische Welt will keinen Staat ohne Religion“

Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer sieht in arabischen Ländern keine Mehrheit für das säkulare Prinzip – Faktisch aber schon vielfach Säkularisierung – Öffentlicher Vortrag beim Deutschen Orientalistentag

Münster, 24. September 2013 (exc) In arabischen Ländern lässt sich eine konsequente Trennung von Religion und Staat nach wissenschaftlicher Einschätzung zurzeit nicht durchsetzen. Das säkulare Prinzip werde weithin abgelehnt, längst nicht nur von islamistischen Kräften, sagte die Berliner Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Gudrun Krämer am Montagabend beim Deutschen Orientalistentag (DOT) an der Uni Münster. Wer sich in Ländern des Arabischen Frühlings oder in Iran für Säkularität als Weg zur gesellschaftlichen Befriedung einsetze, finde bislang keine Mehrheit. „Die Trennung von Religion und Politik wird von vielen mit Atheismus assoziiert. Und wer gottlos ist, hat weder Werte noch Anstand.“ So scheuten sich auch säkulare Kräfte, offen für Säkularismus zu plädieren. „Dabei sind Religion und Staat im Islam nicht zwingend eins“, so die Expertin. „Koran und Sunna lassen das säkulare Prinzip durchaus zu – jedoch nicht in *der* Lesart, die heute im Mittleren Osten vorherrscht.“

Faktisch lassen sich der Wissenschaftlerin zufolge längst „reale Prozesse der Säkularisierung“ in arabischen Gesellschaften feststellen – in Politik, Recht, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Umso mehr müsse die Ablehnung des säkularen Prinzips erstaunen. Sie werde gemeinhin nicht nur religiös begründet, sondern auch politisch: „Säkularismus wird als Ideologie autoritärer Regierungen dargestellt, die ihn gewaltsam gegen die eigene Gesellschaft durchsetzen“, so die Forscherin der Freien Universität Berlin. Beispiele seien die Türkei unter Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938), Tunesien unter Habib Bourguiba (1903-2000) und Irak unter Saddam Hussein (1937-2006). „Zugleich werden Säkularisten als Agenten des Westens denunziert.“ In dieser Sichtweise sei die Trennung von Religion und Staat ein Mittel der „Kolonisierung und kulturellen Entfremdung“. Das wiege für viele Muslime ebenso schwer wie die Furcht vor einer sinkenden Bedeutung des Islams.

„Gegen Sittenwächter bis ins Privatleben“

Die Islamwissenschaftlerin analysierte verschiedene Beispiele für bereits bestehende Prozesse der Säkularisierung in arabischen Gesellschaften: So seien sich Muslime in Saudi-Arabien, Ägypten oder den Golfstaaten weitgehend einig, dass der Islam im öffentlichen Raum Regeln setzen solle und alle Muslime ihre Zugehörigkeit zu ihm durch eine entsprechende Lebensführung öffentlich sichtbar machen sollten. „Doch wenn islamistische Kreise konsequent auch das *Private*leben regulieren wollen, erregen sie den

Unwillen selbst frommer, praktizierender Muslime. Diese verurteilen zwar Alkohol, Homoerotik und Prostitution, wollen aber nicht ständig von Sittenwächtern zur Ordnung gerufen werden.“ Das zeige eine „geradezu viktorianische Haltung ‚My home is my castle‘“.

Aber die Grenze zwischen privat und öffentlich sei in Bewegung, sagte Prof. Krämer unter Verweis auf das Internet: „Soziale Netzwerke eröffnen Muslimen im Schutz der Cyber-Anonymität Räume für Inhalte, die im öffentlichen Diskurs nicht geduldet werden.“ Zugleich bleibe nach außen, gegenüber Autoritäten und Nachbarn, der Schein gewahrt. „Wie dies dauerhaft auf die Trennung von privat und öffentlich in der arabischen Welt wirkt, der vor allem Frauen unterworfen sind, ist offen.“ Parallel dazu entwickle sich ein „islamischer Markt“, der islamische Medien, Konsum- und Unterhaltungsgüter bis hin zu Wellness anbiete. Das sei eine Dimension, „die den staatlichen Bereich weit hinter sich lässt.“ Ob sich ein freier Markt mit verschiedenen Religionsangeboten wie in Amerika, Westeuropa und Teilen Ostasiens ausbilde, werde sich zeigen.

„Scharia wird nirgends exklusiv angewandt“

Mit Blick auf das Rechtswesen erläuterte die Expertin: „Nirgends in der arabischen Welt wird die Scharia heute exklusiv angewandt, auch nicht in Staaten wie Saudi-Arabien und Iran, die dies nach eigenem Bekunden tun.“ Die Scharia sei weitestgehend kein Gottesrecht, sondern Juristenrecht, denn Juristen hätten sie aus Koran und Sunna heraus entwickelt und dabei stets gesellschaftliche Realitäten berücksichtigt. So habe die Scharia weder in der Vormoderne, noch in der Moderne je uneingeschränkt gegolten. Heute werde etwa das Strafrecht, das in manchen Ländern drakonische Körperstrafen für Diebstahl oder illegalen Geschlechtsverkehr vorsehe, nicht konsequent eingehalten.

„Angesichts nicht zu übersehenden Prozessen der Säkularisierung lautet die Frage nicht, ob Muslime in einer säkularen Ordnung leben können“, so Prof. Krämer. „Sie ist hinlänglich beantwortet, indem Millionen von Muslimen dies tun, die ihre Gesellschaften nicht im Sinne der Scharia umgestalten wollen – und zwar nicht nur in Europa, Amerika, Australien und in der Russischen Föderation, sondern auch in Ländern wie Indien, in denen Muslime eine große Minderheit stellen.“ Die Frage laute nun vielmehr, ob Muslime in der arabischen Welt das säkulare Prinzip als legitimes und erstrebenswertes Instrument zur Organisation ihrer Gesellschaften sähen.

Der öffentliche Vortrag in Münsters Schloss hieß „Spannungsbögen: Islam, Säkularisierung und das säkulare Prinzip“. Prof. Dr. Gudrun Krämer leitet an der Freien Universität Berlin das Institut für Islamwissenschaft. Sie ist auch Direktorin der „Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies“. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Religion, Recht, Politik und Gesellschaft im modernen Islam. 2010 wurden ihre Forschungen mit dem renommierten Gerda Henkel Preis ausgezeichnet. Der 32. Deutsche Orientalistentag präsentiert noch bis Freitag in 900 Vorträgen und 80 Panels neue Forschungsergebnisse über Afrika, Asien und die arabische Welt. Rund 1.300 Orientalforscher aus aller Welt nehmen daran teil. (vvm)

Hinweis: Journalisten melden sich zur Berichterstattung über den DOT im Zentrum für Wissenschaftskommunikation an: 0251/8323376, religionundpolitik@uni-muenster.de

Tagungsteilnehmer finden Anmeldeinfos und Tagungsgebühr unter www.dot2013.de

Bildzeile: Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Gudrun Krämer (Foto: Exzellenzcluster „Religion und Politik“)

Wenn Sie Einladungen und Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Kontakt:

Viola van Melis
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
religionundpolitik@uni-muenster.de
www.religion-und-politik.de

32. Deutscher Orientalistentag (DOT) an der Universität Münster

Zum bislang größten Deutschen Orientalistentag (DOT) vom 23. bis 27. September 2013 an der Universität Münster werden rund 1.300 Orientforscher aus aller Welt erwartet. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler präsentieren in gut 900 Vorträgen und 80 Panels neue Forschungsergebnisse über Kulturen in Asien, Afrika und in arabischen Regionen. Das Spektrum reicht von der Grundlagenforschung bis zu Gegenwartsthemen wie den Arabischen Revolutionen, der Politik Irans, islamischen Umweltbewegungen oder Chinesen in multinationalen Unternehmen. Ausrichter ist die Deutsche Morgenländische Gesellschaft (DMG).

Ziel der Konferenz ist der fachliche und interdisziplinäre Austausch erfahrener und junger Orientforscher aus aller Welt. Das Programm ist so umfassend wie bei keinem DOT zuvor. Am stärksten sind die Sektionen Indologie, Islamkunde sowie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, gefolgt von Sinologie, Iranistik, Turkologie und Arabistik. Das Programm des DOT steht allen Interessierten gegen eine Tagungsgebühr offen. Förderer der Konferenz sind die Uni Münster, der Fachbereich Philologie, der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ sowie Münster Marketing.

Unter den Rednern sind hochkarätige Gäste wie der Sinologe Prof. Dr. Wilt Idema und der Osmanist Prof. Dr. Cemal Kafadar aus Harvard, Byzantinist Prof. Dr. Hugh Kennedy aus London, Kunsthistoriker Prof. Dr. Robert Hillenbrand aus Edinburgh, der Freiburger Indologe Prof. Dr. Oskar von Hinüber und die Berliner Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Gudrun Krämer. Geplant ist auch ein Rahmenprogramm mit Konzert und Ausstellung.

Deutsche Morgenländische Gesellschaft (DMG)

Die Deutsche Morgenländische Gesellschaft (DMG) lädt alle drei bis fünf Jahre zum Deutschen Orientalistentag ein. Die Gesellschaft wurde 1845 gegründet und stellt die bedeutendste Vereinigung deutscher Orientforscher dar. Ihre Mitglieder beschäftigen sich mit zahlreichen Sprachen und Kulturen in Asien, Afrika und arabischen Regionen. Zur DMG gehören die Disziplinen Ägyptologie, Altorientalistik, Semitistik, Hebraistik, Arabistik, Islamwissenschaft, Wissenschaft vom Christlichen Orient, Iranistik, Buddhismuskunde, Indologie, Turkologie, Altaistik, Mongolistik, Tibetologie, Sinologie, Japanologie, Südostasienskunde, Afrikanistik und verwandte Gebiete.